

"Die Philosphen haben die Welt verschieden intepretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern."

Karl Marx

Nr. 17, Februar 2020

Gegen die Linken- Mit den Faschisten Hand in Hand

Am 5. Februar 2020 fanden in Thüringen die Wahlen des Ministerpräsidenten statt. Die letzten Landtagswahlen in Thüringen wurden im Herbst 2019 durchgeführt. Da niemand mit der AfD koalieren wollte, entschied man sich dazu, den bisherigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow von der Linken erneut zur Wahl aufzustellen, um somit eine

Minderheitsregierung aus Die Linke, SPD und Die Grüne zu bilden. Alle waren sich sicher, dass es genauso ablaufen würde.

Kurz vor den Wahlen des Ministerpräsidenten verkündete die AfD jedoch, dass sie einen eigenen und parteilosen Bürgermeister als Kandidaten aufstellen wollten. Die **FDP** stellte daraufhin

Thomas Kemmerich auf, um nach eigenen Aussagen eine Alternative bieten zu können. Am Ende erhielt der AfD-Kandidat 0 Stimmen, Thomas Kemmerich 45 und Bodo Ramelow 44 Stimmen. Es wurde offenbart, dass die AfD und auch die CDU ihre Stimmen Thomas Kemmerich gegeben hatten. Seit 1953 gab es keinen Ministerpräsidenten der FDP und auch insgesamt schnitt sie bei den Wahlen nicht sonderlich gut ab. Sie ist gerade mal mit 5 % in den Landtag gezogen und stellt jetzt einen Kandidaten für die Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen auf.

Zudem wurde zum ersten Mal durch die Stimmen der AfD ein Ministerpräsident ernannt. Dass auch die CDU bei diesem Spiel dabei war, interessierte nicht sehr viele. Laut ihrer Aussage sei er der Kandidat der bürgerlichen Mitte gewesen. Eher erschien es so, dass er der Kandidat war, der sich gegen die Linke stellen konnte. Die Versprechungen der CDU, niemals mit der AfD zusammenzuarbeiten, schienen

sich in Luft aufgelöst zu haben. Merkel, die sich auf einer Auslandsreise in Afrika befand, verurteilte dieses Handeln, um sich noch aus der Situation zu retten. Die harten Worte der CDU und auch der SPD haben jedoch keinerlei Bedeutung. Dem Handeln der AfD stehen keinerlei gesetzlichen Grenzen entgegen. Somit sind diese Reaktionen nur Versuche

die Masken
aufrechtzuhalten,
denn jahrelang
wurden die
Handlungen der
AfD geduldet.
Nach den Wahlen

gab es auch zum ersten Mal Glückwünsche aus den Reihen der AfD an eine andere Partei. Es hieß auch, dass sie es geschafft haben, einen linken Ministerpräsidenten abzuwählen. Die



Bevölkerung und auch viele Parteien zeigten sich geschockt bezüglich dieses Zusammenspiels. Es sei erschreckend wie die CDU und die FDP sich mit einer so offen rassistischen Partei wie der AfD zusammenschließen konnten. Die CDU stritt natürlich alle Verbindungen zur AfD ab und wollte nur den Kandidaten der FDP unterstützen. Dann erklärte Kemmerich nach seiner Vereidigung am Mittwochnachmittag, eine Regierung mit CDU, SPD und Grünen führen zu wollen. Interessanterweise ohne Die Linke. Ob nun abgesprochen oder nicht; ob nun zurückgetreten oder nicht: Dieses Handeln zeigt eindeutig, dass heutzutage eine rassistische Partei wie die AfD von den Systemparteien unterstützt werden kann, um linke Einflüsse zu verhindern. Dabei sollte erwähnt werden, dass Bodo Ramelow sogar zum rechten Rand der Linken zählt.

Der einzige Grund, weshalb sofort reagiert wurde, war die Empörung der Bevölkerung. Noch am selben Abend Nr.17

sind tausende Menschen auf die Straßen gegangen. Der Regierung wurde der Vorwurf gemacht mit Faschisten zusammenzuarbeiten. Und besonders in einem Land wie Deutschland, was eine dunkle faschistische Vergangenheit hat, stellt sich die Frage, wie so etwas geschehen kann. Faschisten nutzen die Wahlen für ihre Zwecke - das kommt uns bekannt vor... Ein solcher Vergleich mag zum jetzigen

Zeitpunkt überspitzt sein, jedoch deutet er auf die zunehmende Faschisierung des Staates hin. Gleichzeitig macht es aber wieder deutlich, dass die bürgerlichen Parteien der sogenannten "Mitte" eine Menge mit den Faschisten gemeinsam haben, nämlich den Kampf gegen die linke Bewegung und die konsequente Bewahrung der kapitalistischen Ordnung. Aus diesem Grund dürfte der Kemmerich "Skandal" auch niemanden schockieren.

<u>Libyen- Ein Krieg für ihren Profit</u>

Es ist die Rede vom Ende der westlichen Dominanz und dem Umbruch der internationalen Politik. Der Libyen-Konflikt ist dabei eines der aktuellsten Beispiele. Teilweise scheint es so, als wäre Libyen nicht mehr ganz so häufig auf der Tagesordnung, als wären die "meisten" Kriege und Probleme schon vorbei. Allerdings bleibt Libyen ein geopolitisch sehr wichtiges Land und spielt weiterhin eine große Rolle. Insbesondere we-

gen der Flüchtlingspolitik betrifft es deswegen auch mit am meisten Europa und damit Deutschland.

Um seine wichtige Position dabei zu präsentieren, hat Deutschland in Berlin die Libyen-Konferenz veranstaltet, zu der 13 Landesvertreter eingeladen wurden. Obwohl die verfeindeten Akteure



sich auf der Konferenz nicht unterhalten haben, kam es zu einer Einigung. Merkel empfing zentrale Akteure des Libyen-Konflikts, darunter Staaten, die mit Waffenlieferungen oder Truppenentsendungen indirekt an dem Krieg beteiligt sind. Die Botschaft der Libyen-Konferenz lautete, dass das gegenüber den lybischen Kriegsparteien bestehende Waffenembargo auch in Zukunft weiterhin eingehalten und überwacht werden soll. Der seit 2011 herrschende Konflikt soll nicht mehr kriegerisch ausgehandelt werden. Im Februar soll es ein Folgetreffen geben, wo mit den libyschen Konfliktparteien verhandelt werden soll, um einen Waffenstillstand gewährleisten zu können.

2011 hatte der UN-Sicherheitsrat eine Flugverbotszone in Libyen erlaubt, weil es dort zu Protesten gegen das Gaddafi Regime gekommen war. Bei dieser Entscheidung hatten sich Deutschland als nichtständiges Sicherheitsratmitglied und China und Russland als ständige Mitglieder enthalten. Nachdem es daraufhin zum UNO-Beschluss kam, starteten Frankreich und Großbritannien einen Angriffskrieg gegen den alten Freund und neu dämonisierten Feind Gaddafi. Auch die USA unter Obama griff den Imperialisten unter die Arme.

In Libyen stehen sich zwei Kräfte gegenüber. Auf der einen Seite steht die Übergangsregierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch mit Sitz in Tripolis. Seit März 2016 ist er im Amt

und wird mehr als Bürgermeister von Tripolis statt als Herrscher von Libyen gesehen. Obwohl Libyen Mitglied der Arabischen Liga ist, stehen viele der anderen Mitglieder nicht auf Sarradschs Seite. Diese sind zum Beispiel Saudi-Arabien oder Ägypten, die nicht nur seine Gegner finanzieren, sondern

diese auch mit Waffen beliefern. Auf der anderen Seite steht der General Chalifa Haftar mit seiner Armee. Haftar, dessen libysche Nationalarmee 90 Prozent des libyschen Territoriums kontrolliert, ist inzwischen bis vor Tripolis vorgedrungen.

Die Türkei wiederum hat sich offen militärisch auf Sarradschs Seite gestellt. Unterstützt wird er neben der Türkei hauptsächlich von Katar und der EU, insbesondere von Italien. Der Grund wieso der türkische Präsident Erdogan hilft, ist, dass er mit dem Anführer Sarradsch bereits die Erdgasfelder im Mittelmeer untereinander aufgeteilt hat. Deshalb schloss er mit der Übergangsregierung von Sarradsch am 27. November 2019 in Tripolis ein Abkommen über den Festlandsockel im Mittelmeer. So wie jeder Kapitalist ist Erdogan dafür auch zum Krieg bereit. So bringt er Berlin mit Hinweis auf das Flüchtlingsabkommen, das er jederzeit kündigen könnte, nach Belieben zum Schweigen.

Die Konferenz wird für die deutsche Diplomatie als ein Erfolg

Februar, 2019 3

gesehen. Die Vorarbeit wurde eine Woche vorher in Istanbul geleistet. Dort hatten sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin darauf verständigt, in Libyen einen Waffenstillstand durchsetzen

zu wollen. Interessant wird es, weil beide Länder jeweils die gegnerische Partei unterstützen und sich in Libyen gegenüberstehen. Ankara steht ganz offen hinter Sarradsch, Moskau wird Parteinahme für Haftar nachgesagt. Deutschland hat mit der Konferenz auf dieses Treffen reagiert. Es ist dabei wichtig darauf hinzuweisen, dass zehntausende Menschen, vorwiegend aus

afrikanischen, aber auch aus arabischen Ländern, in Libyen festsitzen. Viele von ihnen sind in libyschen Haftlagern durch libysche Sicherheitskräfte oder mit ihnen zusammenarbeitende Milizen schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Auch die Küstenwache, die täglich maßgeblich für den Tod von

tausenden Flüchtlingen verantwortlich ist, wird von EU-Staaten ausgerüstet und ausgebildet; auch von Deutschland.

Bisher hat sich Westeuropa mit Hilfe von Amerika und der

Epoche der Aufrüstung und Militarisierung in Sachen Geopolitik gut geholfen. Aber die Brüche in den transatlantischen Beziehungen sind ein Beweis der dramatischen Wende, in der sie sich befinden. Auch im Fall Libyen wecken diese Staaten den Eindruck, als sei die Militarisierung die einzige Lösung.

Es geht ihnen nicht um po-

litische Konfliktlösung oder Zusammenarbeit, sondern um die Konfrontation. Ziel ist es immer nur die internationale Kontrolle zu übernehmen. In diesem System wird es immer nur um geopolitische Strategien, Krieg und Konfrontation gehen, sodass es zu keiner friedlichen menschenwürdigen Lösung kommen kann.

Indien streikt- ein Meer von 250 Millionen roten Fahnen

Es war der bisher größte Streik der Geschichte. In ganz Indien fanden zeitgleich überall Generalstreiks und Demonstrationen statt, die konsequent und kontinuierlich weitergeführt wurden. Im Januar 2019 waren bereits 200 Millionen

Menschen aktiv im Streik und am 8. Januar sprach man sogar von 250 Millionen. Arbeiterinnen und Arbeiter in ganz Indien strömten auf die Straßen und füllten sie mit roten Fahnen.

Einen derartig riesigen Streik hat es bisher noch nie gege-

ben. Viele Revolutionen sind schon mit nur wenigen Millionen Menschen erzielt worden. Doch eine solch gewaltige Masse zeigt uns, was für eine Macht dieser Streik jetzt schon besitzt. Während unsere Medien nur davon sprechen, dass sich die Streiks in Indien gegen die ständige Privatisierung richten, geht es vielmehr darum, dass sich ein ganzes Land gegen den Kapitalismus mit all seinen dreckigen Facetten



harbeit, Lohnkürzungen, wachsende Arbeitslosigkeit und die steigenden Repressionen des Staates gegen Arbeitdie skräfte sind die eigentli-Grünchen de. weswegen sich die Mens-

erhebt.

Lei-

chen vereinen. Gleichzeitig versucht die Regierung das Volk weiter zu spalten, indem Hass durch rechte Hetze geschürt wird. Dies geht so weit, dass rassistische Fanatiker und Faschisten auf den Straßen patrou-

4 Nr.17

illieren und die sich erhebenden Menschen angreifen.

Das Kastensystem in Indien leistet ebenfalls seinen Beitrag zur weiteren Spaltung. Frauen werden dadurch doppelt unterdrückt, weshalb sie häufig an vorderster Front mitstreiken und die erste Reihe bilden. Zeitgleich geht die rechte Regierung mit Gesetzesentwürfen gezielt ge-

gen die muslimische Bevölkerung vor und versucht ein weiteres Mal die Arbeiterklasse zu teilen. Doch auch diese Bemühungen des Staates sind zum Scheitern verurteilt, wenn trotz allem 250 Millionen Menschen vereint auf der Straße sind und sich gegen die Repressalien, Unterdrückung und die Ausbeutung zur Wehr setzen.

Der Kampf geht weiter

Landesweit hat der hervorgerufene Generalstreik in allen Kernsektoren die Produktion lahmgelegt. Insbesondere waren die Kohle-, Stahl- und Waffenindustrie, Häfen und Dämme, Erdöl-, Erdgas- und Energieindustrie sowie weitere Teile der Telekommunikation betroffen. Auch in vielen Dienstleistungsbereichen und der öffentlichen Infrastruktur sorgte der Generalstreik für Einbrüche. Für die Streikenden blieb dies allerdings vielerorts nicht

gen Preiserhöhungen. Eine allgemeine Gemeinsamkeit der Protestierenden ist, dass sie gemeinsam die rückschrittliche Regierung ins Visier nehmen. Damit beschränken sich die Wünsche der Bevölkerung nicht nur auf wirtschaftliche Punkte. Es geht ebenso um Demokratie, Gleichberechtigung und Menschenrechte und gegen jegliche Art der Unterdrückung.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Indien immer weiter auf. Die reichsten 1 Prozent in Indien verfü-



folgenlos und es kam zu Angriffen und Festnahmen seitens der Sicherheitskräfte. Ihre Forderungen sind klar:

Große Teile der Bevölkerung sind mittlerweile in die Streiks und Proteste involviert. Dadurch fließen auch viele unterschiedliche Bestrebungen und Forderungen in diese Aktionen ein. Doch die Kernpunkte sind im ganzen Land gleich, weil dieselben Verhältnisse überall vorzufinden sind und die weitere Verarmung und Verelendung unmittelbar bevorsteht. So lauten die Forderungen z.B. mehr Mindestlohn, Widerruf der menschenunwürdigen Arbeitsgesetze, Stopp der Privatisierungen und Eindämmung der ständi-

gen über das 4-fache des Vermögens von 70 % der Bevölkerung, d.h. sie besitzen 4-mal mehr als 953 Millionen Menschen zusammen. Zudem gräbt die rückschrittliche Regierung diesen Abgrund immer tiefer, womit noch härtere Auseinandersetzungen schon vorprogrammiert sind. Narendra Modi, der Premierminister des Landes, wird zunehmend zu härteren Mitteln greifen, um die Interessen der Kapitalisten zu verteidigen. Doch die Arbeiterklasse ist ebenfalls fest entschlossen, diesen Kampf weiterzuführen und wird auch weiter an ihren Zielen festhalten.

Februar, 2019 5

Palästina leistet Widerstand für den wirklichen Frieden

Im Weißen Haus hat man sich wieder mal einen Plan ausgedacht, der zum Scheitern verurteilt ist. Seit Januar 2017 ist Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten und hat seitdem seine Unterstützung für Israels Politik mehrmals zur Schau gestellt. Trump hat Jerusalem als "unteilbare Hauptstadt" Israels anerkannt, die US-Botschaft dorthin verle-

gen lassen und die der Annexion syrischen Golanhöhen durch Isbefürwortet rael Seine Loyalität zu Israel krönt er mit dem "größten Friedensplan aller Zeiten". Am Dienstagabend wurde der Plan in Anwesenheit israelischen Regie-Benrungschefs jamin Netanjahu vorgestellt, um eine Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser

zu gewährleisten und die angeblich einzige Chance für einen eigenen Staat der Palästinenser zu bieten.

Nach diesem Plan ist Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt vorgesehen. Den Palästinensern stellte er zwar einen eigenen Staat mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem sowie ein größeres Territorium als derzeit in Aussicht, aber dies nur in Verbindung mit harten Bedingungen. Unter anderem würde Palästina nur teilweise Souveränität genießen und mit Ost-Jerusalem sind nur gewisse Vororte östlich und nördlich der Mauer gemeint. Außerdem soll der zukünftige Staat der Palästinenser all seine Waffen abgeben, um nicht mehr "terroristisch" zu agieren. Des Weiteren würden durch diesen Plan die umkämpften israelischen Siedlungen im Westjordanland anerkannt werden. Das Jordantal soll unter israelischer Kontrolle bleiben. Palästinensischen Flüchtlingen wird damit auch das Recht auf eine Rückkehr nach Israel verboten. Im Palästinenserstaat dürften dafür erstmal über vier Jahre lang keine israelischen Siedlungen gebaut werden. Damit käme Trump den Palästinensern entgegen. Schon im vergangenen Jahr wurde der wirtschaftliche Teil des Plans vorgestellt, worin von Investitionen in Milliardenhöhen in Palästina die Rede war. Dieses Vorhaben wurde von den palästinensischen Kräften zurückgewiesen, da zunächst einmal die Blockade des Gaza-Streifens und die Besetzung der palästinensischen Gebiete aufhören müssten.

Ein souveräner palästinensischer Staat mit einem zusammenhängenden Territorium und selbstkontrollierten

> Grenzen wird laut US-Plan nicht existieren. Der israelische Staat dagegen bereitet sich derweil auf die Annexion von palästinensischen Gebieten im Westjordanland vor. Alle palästinensischen Kräfte stellen sich gegen angeblichen Friedenspakt. Trotz ideologischer methodischer Differenzen waren sie sich diesbezüglich alle einig. Kämpferische Bewegungen

betonten, dass ein vereinter Kampf notwendig ist und dass sie an den Absichten ihres Präsidenten Abbas zweifelten. Dies hängt damit zusammen, dass Mahmud Abbas bei dem Gipfeltreffen der Arabischen Liga betonte, eine friedliche Lösung mit Israel anzustreben und dass ein bewaffneter Kampf aus diesem Grund nicht mehr notwendig sei. Das ist der Beweis dafür, dass Abbas weiterhin an der Verwirklichung des "Oslo-Friedensprozesses" festhält. Trotzdem kann er viele Kräfte nicht davon abgehalten, sich an einem Widerstand zu beteiligen. Trump, der "Neutral Guy", verdeutlichte deshalb nochmals seine Unterstützung für Israels Annexionspolitik.

Insbesondere die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) betonte in diesem Konflikt schon immer den Widerstand. Mahir Tahir, einer der führenden Kräfte der Bewegung unterstrich in einem Fernsehinterview erneut die Wichtigkeit des vereinten Kampfes aller palästinensischen Kräfte. Er stellte sich gegen den Oslo-Friedensprozess und rief zu einem Kampf gegen die Besetzung auf. Die Palästinenser haben eines bewiesen: Sie werden nicht aufgeben und weiterhin für ihre Freiheit und gegen die Unterdrückung ihres Volkes kämpfen.

6 Nr.17

USA vs. Iran- Die Kriegsgefahr auf ihrem Höhepunkt

Der Konflikt zwischen dem Iran und den USA hat ein neues Level erreicht. Am 3. Januar 2020 startete die USA einen Drohnenangriff in Bagdad und ermordete neben 25 Zivilisten auch den iranischen General Soleimani. Schon seit chrei der "demokratischen" Großmächte? Es wurde mit kriegerischen Mitteln in ein souveränes Land eingegriffen, Zivilisten und ein hohes Tier der Streitkräfte ermordet. Wo sind also die heiligen Gesetze, für die Deutschland



Jahrzehnten war Soleimani mit seiner Erfahrung und seiner Rolle in Militär und Außenpolitik eine unersetzliche Person für den Iran. Dieser gezielte Mord war ein Schachzug, der die militärische Eskalation näherbringt. Ein Zeichen dafür ist der Abschuss eines ukrainischen Passagierflugzeugs durch den Iran, welcher 176 Tote zur Folge hatte. Kurz vorher hatten die USA die Entsendung von 3.000 zusätzlichen Soldaten in den Nahen Osten beordert und mit Angriffen auf 52 iranische Ziele gedroht. Wo bleibt der große Aufs-

und Co immer predigen, wenn es in ihrem Interesse ist?

Wie es in der imperialistischen Welt üblich ist, positioniert sich jedes Land in internationalen Krisen so, wie es am strategisch vorteilhaftesten ist. Ist man miteinander verbündet, rechtfertigt man die Verbrechen des Komplizen oder beschönigt diese. Existiert kein Bündnis, wird dem Konkurrenten von der Politik "Demokratie" eingebläut oder im schlimmsten Fall Demokratie in Form von Bomben exportiert.

Der 40-Jährige amerikanische Traum

Es steht fest, dass der amerikanische Drohnenangriff keine individuelle Dummheit ist, die nur mit Trump zu tun hat. Es ist das Resultat einer größeren Strategie der USA, die seit ihrem Austritt aus dem Atomabkommen mit dem Iran jetzt noch aggressiver verfolgt wird. Alles fing damit an, dass 1979 infolge eines großen Volkswiderstandes die Monarchie im Iran gestürzt und der Diktator Mohammad Reza Pahlavi ins Ausland getrieben wurde. Dieser hatte seit 1941 als US-Marionette den westlichen Interessen gedient. Durch die Fehler der fortschrittlichen revolutionären Kräfte schafften es schließlich der religiöse Führer Ruhollah Chomeini und seine Gefolgschaft, die Revolution der Massen für die eigene Machtübernahme zu missbrauchen und die von den Amerikanern unabhängige Islamische Republik zu gründen. Aus diesem Grund kämpfen die USA seit mehr als 40 Jahren dafür, das Land auf die Knie zu zwingen und der ihrer Hegemonie unterzuordnen. Neben der geostrategischen Bedeutung spielt auch die Tatsache, dass der Iran über die weltweit viertgrößten Erdöl- und zweitgrößten Erdgasreserven verfügt, eine große Rolle für die US-Imperialisten.

Ein militärischer Erfolg gegen den Iran liegt auch im besonderen Interesse von US-Präsident Trump und Netanjahu, dem israelischen Premierminister. Beide befinden sich in einer politischen Krise und hoffen mit einem erfolgreichen Krieg ihre gefährdete Wiederwahl zu garantieren. Auch der Iran befindet sich durch die Aufstände im eigenen Land und in seinen Einflussgebieten Irak und Libanon in einer heiklen Lage. Zusätzlich schadet ihm das US-Wirtschaftsembargo enorm. Es ist gut möglich, dass die USA in ihrer immer aggressiver werdenden Außenpolitik mit Soleimanis Ermordung den anderen Großmächten auf den Zahn fühlen wollten. Schließlich hatte es schon während der Amtszeit von Präsident Bush oder Obama genug Gelegenheiten gegeben, um Soleimani umzubringen. Also warum jetzt? Wohlmöglich um zu testen, wer nun wirklich auf welcher Seite steht und noch viel wichtiger, wer als Nächstes welchen Schritt macht. Februar, 2019 7

Wettstreit der Giganten

Die USA dominieren schon lange nicht mehr als Einzelner die Weltpolitik, denn heute existieren auch andere imperialistische Staaten, die auf der Erde einen Teil des Kuchens für sich beanspruchen wollen. In dieser gewaltigen Konkurrenz handeln alle Staaten nach ihren persönlichen Interessen. Sie verbünden sich mit X, verfeinden sich mit Y und mal wechseln sie plötzlich das Lager oder nutzen den Konflikt zwischen X und Y aus, indem sie durch ihre Zwischenposition von beiden Seiten Zugeständnisse ergaunern. Hierbei haben Prinzipien wie Moral oder Gerechtigkeit keine Bedeutung; es zählen nur Strategie und Taktik.

Konkret sieht es aktuell so aus: Während die USA vor allem mit Saudi-Arabien und Israel eine Front bilden und von

EU-Staaten unterstützt werden, stehen auch auf der Seite des Irans keine unwichtigen Akteure der Weltpolitik: Russland und China. Mit diesen beiden führte das Regime in Teheran vor Soleimanis Tod ein viertägiges Marinemanöver im Indischen Ozean und im Golf von Oman durch. Das erste gemeinsame Manöver sollte den anderen imperialistischen Mächten ein klares Zeichen setzen und besonders den USA zeigen, dass sie einen starken Feind vor sich haben. Dass im Iran-Konflikt auch die eigenen Verbündeten nicht immer ganz mitziehen, mussten die USA schon beim Ausstieg aus dem Atomabkommen feststellen, als Deutschland, Frankreich und Großbritannien sich weigerten.

Den Krieg bekämpfen

Daraus lässt sich ganz leicht entnehmen, dass ein direkter Krieg mit dem Iran alle bisherigen Kriege im Nahen Osten in den Schatten stellen und mit großer Wahrscheinlichkeit eine imperialistische Eskalation auslösen würde. Auch wenn es sich beim Iran um einen reaktionären menschenverachtenden Staat handelt, der die demokratischen Rechte mit Füßen tritt und jede Auflehnung rücksichtslos zerschlägt, wäre ein militärischer Eingriff der USA ein Verbrechen. Was die Operationen des US-Imperialismus – welcher selbstverständlich nur seinen Machtinteressen folgt und keiner Demokratie, – alles anrichten, haben uns die Kriege im Irak, in Afghanistan und Libyen bere-

its gezeigt. Der Krieg wäre weder im Interesse der US-Bürger noch im Interesse der iranischen Bevölkerung. Er würde nur den Nationalismus und Hass auf beiden Seiten verstärken, Massen an Soldaten als Kanonenpulver sterben lassen und die Ausbeutung massiv ausbauen, um die Gelder in Rüstung zu investieren. Reaktionäre Regime und Diktatoren zu stürzen kann nur die Aufgabe der eigenen Bevölkerung sein; die Aufgabe der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

"Für den Kapitalismus sind Krieg und Frieden Geschäft und nichts als Geschäft."

-Karl Liebknecht



Deutschland- Reicher Staat, arme Bevölkerung

Deutschland- einer der ökonomisch stärksten Länder auf der Welt. Nach den Angaben 2019 stieg das Bruttoinlandsprodukt um ganze 13,5 Milliarden Euro an. In einem Land mit 80 Millionen Einwohnern, sind ein Viertel dieser- also 20 Millionen Menschen- arm oder leben an der Armutsgrenze. Ganz oben stehen dabei Rentner, Arbeitslose, alleinstehende Mütter und ihre Kinder. Rentner müssen arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt absichern zu können. Jede zehnte Person in Deutschland ist auf Sozialleistungen angewiesen. 1,5 Millionen Menschen gehen regelmäßig zur Tafel. 2 % der Menschen in Deutschland sagen, dass sie jeden Cent zweimal umdrehen müssen. Erschreckend in einem der reichsten Länder der Welt.

Einer der Haupteinnahmequellen dieses Reichtums kommt von unseren Steuern, welche die Arbeiter und Werktätigen an den Staat leisten. Bildung, Gesundheit und weitere Sektoren werden immer weiter privatisiert. Die Menschen müssen mindestens 8 Stunden am Tag arbeiten und sind aufgrund des Stresses psychisch starkem Druck ausgesetzt. Sie verfallen in Depressionen und haben mit weiteren Krankheiten zu kämpfen. Als würde das nicht ausreichen steigt die Arbeitslosigkeit. Immer schlimmere Arbeitsbedingungen werden eingeführt und jahrelange Arbeiter werden durch billigere Arbeitskräfte ersetzt. Die Menschen geraten in die Kriminalität, um Geld zu verdienen und landen in den Gefängnissen. Und dies wird dem Erstarken des Polizeistaates auch noch abgerundet. Ansonsten scheint es so, als könnte man dieses System nicht lange unter Kontrolle halten. Insgesamt gibt es in Deutschland über 45 Millionen Arbeiter und Werktätige. Sie besitzen die Kraft, um dieses ungerechte System zu ändern.

Für eine wirklich gerechte und menschliche Welt.

"Ich wünsche mir ein Land

Mit blauem Himmel, die Zweige grün, die Felder golden.

Eine Heimat für Vögel und Blumen.

Ich wünsche mir ein Land

Ohne Sorge und Sehnsucht in Kopf und Herz.

Zwischen Geschwistern kein Streit.

Ich wünsche mir ein Land

Ohne Unterschied zwischen Arm und Reich, Du und Ich.

Wo alle im Winter ein Obdach haben.

Ich wünsche mir ein Land

Wo Leben wie Liebe von Herzen kommt.

Gäbe es eine Klage, so gälte sie dem Tod."

-Cahit Sıtkı Tarancı



Wer wir sind:

Resistance hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine alternative Informationsquelle zu sein, welche mit einer revolutionären Perspektive auf die Welt schaut und mit einem kritischen Blick über das Weltgeschehen, die Politik und die gesellschaftlichen Probleme berichtet.

Unser Stift schreibt nicht für Profit und verdunkelt nicht die Machenschaften der Herrschenden. Unser Stift schreibt einzig und allein für die Ausgebeuteten und Unterdrückten.





